Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KLAUS SCHROEDER

18. November 2008

www.kas.de
www.kas.de/dresden

Ostalgie und Glorifizierung – Unkenntnis der Nachgeborenen

RINGVORLESUNG „WIE SCHMECKTE DIE DDR?“

Jede Gesellschaft wird durch bestimmte Erfahrungen geprägt und zusammengehalten. Dazu gehört ein Bild der Geschichte, das im Kern von einer breiten Mehrheit getragen wird. Gerade in Deutschland, das nach Jahrzehnten der Teilung seit nunmehr fast zwanzig Jahren wiedervereint ist, kommt der Erinnerung an Gemeinsamkeiten und Unterschiede in diesen Jahrzehnten und ihrer Bewertung sowie dem Willen, sich als zusammengehörig zu betrachten, eine besondere Bedeutung zu. Wer trotz der unterschiedlichen, in vielen Bereichen sogar gegensätzlichen Vergangenheit eine gemeinsame Zukunft gestalten will, muss sich dieser Herausforderung stellen.

Die Deutung der Vergangenheit verändert sich im Laufe der Zeit, sei es aufgrund von Erfahrungen, die bisherige Interpretationen in einen neuen Bewertungskontext stellen, oder dadurch, dass andere Maßstäbe zur Betrachtung der Vergangenheit angelegt werden.[1] Die DDR – aber auch die Bundesrepublik – werden nach der Wiedervereinigung von vielen aus einer veränderten Perspektive betrachtet, da der Untergang des SED-Staates manifestierte Folge der Unterlegenheit des sozialistisch-diktatorischen gegenüber dem freiheitlichen-demokratischen System war. Gerade diese Tatsache versperrt vielen eine angemessene Betrachtung und Beurteilung von System und Lebenswelt in den beiden deutschen Teilstaaten. Während viele Westdeutsche sich die Überlegenheit ihres Systems auch persönlich zurechnen, empfinden viele Ostdeutsche die implizite und zumeist nicht offen ausgesprochene Gleichsetzung von System und Lebenswelt als Herabwürdigung ihres Lebens.

Die Deutschen in Ost und West sind sich am Vorabend der Vereinigung in der Verurteilung und Einschätzung der SED-Diktatur weitgehend einig. In beiden Teilstaaten hält eine Mehrheit die DDR-Verhältnisse für unerträglich, ist sich zudem bewusst, dass die SED „ihren“ Staat ruiniert hatte und dort Unfreiheit und rechtliche Willkür herrschten. Diese Verurteilung der DDR auch seitens einer Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung resultiert indes zu einem Großteil aus der Euphorie des Herbstes 1989, als die Diktatur der Monopolpartei erst wankte und dann friedlich gestürzt wurde. Doch schon bald ändert sich das Bild: Eine Mehrheit der Ostdeutschen sieht die damaligen Verhältnisse in immer milderem Licht, nur noch eine Minderheit beharrt bei der Beschreibung der DDR auf der Dominanz des Unrechtscharakters, während die Westdeutschen an ihrer negativen Bewertung im Großen und Ganzen festhalten. In dem Maße, wie die Unzufriedenheit über die individuelle oder allgemeine Lebenssituation nach der Wiedervereinigung wächst, verklärt sich bei vielen Ostdeutschen das Bild der DDR, werden positive Seiten herausgestellt und negative verschwiegen oder ignoriert.

[1] Vgl. zur Genese und Bedeutung von Geschichtsbildern und Erinnerungen Schmid 2005 und Spinelli 2002.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KLAUS SCHROEDER

18. November 2008

www.kas.de
www.kas.de/dresden

Im Vereinigungsjahr halten noch knapp drei Viertel der Ostdeutschen die Verhältnisse in der DDR für unerträglich und schließen sich der Meinung an, es müsse sich unbedingt Vieles ändern; nur jeder Fünfte deklariert das Leben in der DDR als ganz erträglich. Nach der Jahrtausendwende hat sich die Gruppe der Kritiker des SED-Staates nahezu halbiert und die Gruppe der mehr oder weniger mit dem damaligen Leben Zufriedenen verdoppelt, so dass sich jetzt jeweils etwa 40 % in der gegensätzlichen Beurteilung der DDR gegenüberstehen.

Mehr als jeder Zweite (54 %) bejaht im Jahr 2004 sogar das Statement „Wir waren alle gleich und wir hatten Arbeit. Darum war es eine schöne Zeit in der DDR". Und was noch schwerer wiegt – nicht einmal jeder Fünfte (18 %) verneint dies.

Zwei Jahre später ebbt die nostalgische Betrachtung der DDR etwas ab. Nun stimmen dem Statement nur noch 47 % der Ostdeutschen zu, aber nur knapp jeder Vierte verneint es, was umgekehrt bedeutet – bezieht man die 30 % Unentschiedenen mit ein –, dass gut drei Viertel der Ostdeutschen ein mehr oder weniger entschiedenes Votum für mehr Gleichheit und das Recht auf Arbeit abgeben. Ob sie freilich das Leben in der DDR aufgrund dessen schon generell als „schöne Zeit" einstufen, lässt sich aus dieser etwas zu suggestiv formulierten Frage nicht zweifelsfrei ableiten.

Junge Menschen beziehen ihr Wissen über die DDR aus Erzählungen, Büchern, Filmen oder aus dem Schulunterricht. In Ostdeutschland einschließlich Berlin prägen die Nachwirkungen der deutschen Teilung immer noch unmittelbar das Meinungsklima und den öffentlichen Diskurs. Insbesondere in Berlin prallen unterschiedliche Sichtweisen auch bei der jüngeren Generation deutlich stärker aufeinander als innerhalb der ost- bzw. der westdeutschen Länder, in denen es zwar unterschiedliche Bewertungen der DDR gibt, diese aber länderintern weniger kontrovers ausfallen. Sie blicken im Westen mit einer gewissen Distanz, im Osten mit einer sympathisierenden Nähe auf die DDR, wissen wenig Konkretes über Geschichte und Strukturen und bilden sich zumeist ein assoziatives Urteil über den SED-Staat. Erst im Vergleich mit der (jetzigen) Bundesrepublik gewinnt die realsozialistische Gesellschaft etwas an Gestalt.

Um beantworten zu können, ob sich Urteile und Kenntnisse über die DDR und das geteilte Deutschland zwischen jüngeren Menschen und älteren Generationen unterscheiden, ob sich das Geschichtsbild bei Jugendlichen in den neuen und den alten Ländern angeglichen hat bzw. ob und wo unterschiedliche Sichtweisen auf Systeme und Lebenswelten dominant sind, wurden in einem umfangreichen Projekt des Forschungsverbunds SED-Staat der FU Berlin mehr als 5.200 Schüler in vier Ländern – Bayern, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen -[2] nach ihrer Meinung über die DDR als Staat und Gesellschaft gefragt. Außerdem sollten sie die beiden deutschen Teilstaaten vergleichend bewerten und einige Wissensfragen über die DDR beantworten.[3] Die Mehrzahl der Schüler war zum Zeitpunkt der Befra-

---

[2] Zu den Ergebnissen siehe Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b. Da sich die Befragungsergebnisse West- und Ost-Berliner Schülern stark von einander unterscheiden, wurde in der Auswertung zwischen fünf Untersuchungsregionen - Bayern, Ost-Berlin, West-Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen - differenziert. Die regionalen Ergebnisse der Befragung sind gesondert in Arbeitspapieren des Forschungsverbundes SED-Staat veröffentlicht; vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2007a; Deutz-Schroeder/Schroeder 2007b; Deutz-Schroeder/Schroeder 2007c und Deutz-Schroeder/Schroeder 2008a.

[3] Der Fragebogen bestand neben den persönlichen Angaben aus drei Teilen: Erstens einem Vergleich: Die Schüler sollten – mehr oder weniger assoziativ – ausgewählte Aspekte von Staat und Gesellschaft der DDR und der Bundesrepublik vergleichend beurteilen. Zweitens einer Befragung nach Skalen: Die Auswertung ausgewählter Items zu verschiedenen Aspekten der DDR erlaubte eine nach dem Skalenverfahren ermittelte Aufteilung der Befragten hinsichtlich eines positiven, neutralen oder negativen Bildes der DDR. Drittens einer Abfrage von Kenntnissen: Hiermit sollte das Wissen über die DDR – und zum Teil auch über die

gung 16 oder 17 Jahre alt, das Ost-West-Verhältnis betrug in etwa 2 : 1. Mehr als die Hälfte besuchte ein Gymnasium, fast jeder Vierte eine Gesamtschule, zwei kleinere Gruppen in Bayern eine Real- oder Hauptschule. Ergänzt wurde die Befragung durch Gespräche mit etwa 300 Schülern und einigen Lehrern.

Die Befragten ordnen sich etwa zur Hälfte politisch der Mitte zu, etwa 40 % fühlen sich dem linken und nicht einmal 10 % dem rechten Spektrum mehr oder weniger zugehörig. Die politische Mitte wird am häufigsten von bayerischen, am seltensten von nordrhein-westfälischen Schülern favorisiert; entsprechend sind im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen und den anderen Ländern in Bayern die wenigsten Schüler „links“ eingestellt. Die altersspezifischen Unterschiede fallen in der politischen Einstellung eher gering aus, die geschlechtsspezifischen etwas größer. Mädchen sind im rechten Lager unterrepräsentiert und in der politischen Mitte und dem gemäßigten linken Lager leicht überdurchschnittlich vertreten. Das linke Spektrum erfreut sich bei Gymnasiasten, das rechte bei Haupt- und Realschülern überdurchschnittlicher Beliebtheit.

Die SPD wird als Partei von allen Schülern am stärksten bevorzugt, die Bündnis-Grünen erhalten virtuell deutlich mehr Zustimmung als im jeweiligen Landesdurchschnitt bei Landtagswahlen; die Linkspartei/PDS bekäme dagegen einige Prozentpunkte weniger. Während die Bündnis-Grünen im Westen deutlich stärker als im Osten sind, gilt dies für die Linkspartei/PDS, deren Potenzial im Westen mit einer Quote von unter 5 % eher gering ausfällt, regional umgekehrt. Die Union kommt bei bayerischen Schülern auf vergleichsweise hohe, bei ostdeutschen und Gesamtschülern auf eher niedrige Anteile. Die Bündnis-Grünen erzielen ihr bestes Ergebnis in Nordrhein-Westfalen und unter Gymnasiasten, die Linkspartei in Ost-Berlin und bei Gesamtschülern. Letztere und die ausländischen Schüler bescheren der Sozialdemokratie mit Anteilen über 40 % die besten Ergebnisse. Rechtsextreme Parteien spielen bei den von uns befragten Schülern eine nur untergeordnete Rolle. Die NPD käme nur bei Realschülern auf knapp über 5 %. In den meisten Teilgruppen liegen die drei rechtsextremen Parteien bei etwas über 2 %. Der Anteil der Nichtwähler fällt mit steigendem Alter und dem Besuch eines höheren Schultyps.

Ihre Kenntnisse über die DDR und das geteilte Deutschland bezieht nur eine Minderheit der befragten Jugendlichen vor allem aus der Schule. Insgesamt sagen zwei Drittel, sie hätten in der Schule zu wenig oder gar kein Wissen über den SED-Staat erworben. Allerdings gibt es deutliche regionale Unterschiede: In Nordrhein-Westfalen geben über 80 % der Schüler an, im Schulunterricht wenig oder nichts über die DDR zu erfahren, in Bayern dagegen nur knapp 50 %. Folgerichtig vermuten nicht einmal 20 %, viel über die DDR zu wissen. Selbst in Bayern attestieren sich nur 27 % einen hohen Wissensstand (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 190). Erwartungsgemäß wird in ostdeutschen Familien deutlich häufiger über die DDR gesprochen als in den drei westlichen Untersuchungsregionen. Alle Schüler, unabhängig von Herkunft, Schultyp und Geschlecht, kennen aber Filme über die DDR und beziehen hieraus – mehr oder weniger unbewusst – offenbar einen Großteil ihrer (vermeintlichen) DDR-Kenntnisse. Zum Zeitpunkt der Befragung waren „Sonnenallee“ und „Good bye Lenin“ meistgesehenste Spielfilme bei den Jugendlichen; der Film „Das Leben der Anderen“ gelangte erst später in die Kinos.

Erfreulicherweise bestehen kaum wechselseitige Animositäten zwischen den Schülern aus den alten und den neuen Ländern. Im Westen gibt es allerdings einen deutlich höheren Anteil von vorwiegend männlichen Schülern, die mit ihren Altersgenossen aus Ostdeutschland

---

Bundesrepublik – ermittelt werden. Zur Methode vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 175ff.

prinzipiell nichts zu tun haben wollen. Insgesamt hat nur etwa jeder siebte westdeutsche Jugendliche generelle Vorbehalte gegen seine ostdeutschen Landsleute. In West-Berlin liegt der Anteil jedoch deutlich höher. Immerhin knapp jeder Fünfte, unter den Jungen sogar knapp jeder dritte, lehnt hier einen Kontakt mit Ostdeutschen ab (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2007a, S. 66 f.). Ost-Berliner sind ebenso wie Brandenburger Schüler den Westdeutschen gegenüber offener, nur jeder zwanzigste wünscht keinen Kontakt zu Westdeutschen.

Im ersten inhaltlichen Teil des Fragebogens wurden die Schüler gefragt, was sie in welchem deutschen Teilstaat besser fanden. Die Palette des geforderten Vergleichs erstreckte sich von Urteilen über das politische und gesellschaftliche System bis hin zu Alltagsfragen wie familiäre Verhältnisse, Discos oder öffentliche Verkehrsmittel. Im Ergebnis stehen geradezu eklatante Ost-West-Differenzen (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 202 ff.).

Insgesamt zeigt sich bei der vergleichenden Bewertung von Staat und Gesellschaft ein doppelt gespaltenes Bild der beiden deutschen Staaten. Westdeutsche Schüler favorisieren auf nahezu allen Feldern die alte Bundesrepublik, ostdeutsche die DDR, trennen jedoch zwischen eher allgemeinen politischen Dimensionen, bei denen auch sie mehrheitlich mit allerdings deutlich geringeren Anteilen die Bundesrepublik präferieren, und eher sozialpolitischen und alltäglichen, wo sie der DDR mit zumeist breiter Mehrheit den Vorzug geben. So ist ein von der Herkunft bestimmtes gespaltenes Bild zu erkennen zum Beispiel bei der Schulausbildung, der Kinderbetreuung, bei den Renten, den Ausbildungsplätzen oder der sozialen Gerechtigkeit (vgl. die Übersicht in: Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 283).

Obschon das bundesrepublikanische Politik- und Gesellschaftsmodell von einer mehr oder weniger breiten Mehrheit positiver als das der DDR eingestuft wird, lässt sich die Skepsis vieler ostdeutscher Jugendlicher gegenüber dem westlichen System und ihre Sympathie mit der „sozialen“ DDR nicht übersehen. So halten zum Beispiel nicht einmal zwei Drittel der ostdeutschen Jugendlichen die Leistungen des bundesrepublikanischen Wirtschaftssystems für besser als das der DDR (Westen: etwa 80 %). Das politische System der Bundesrepublik bekommt sogar nur von knapp 57 % der Jugendlichen aus den beiden ostdeutschen Untersuchungsregionen gegenüber gut 83 % aus den westdeutschen Zuspruch.

Schüler, die sich nicht ausreichend informiert sehen und sich keinem der beiden Gesellschaftssysteme verbunden fühlen, entziehen sich überdurchschnittlich häufig einer konkreten Antwort und votieren für „gleiche Verhältnisse“. Außerdem entscheiden sich viele für eine gleichrangige Bewertung der Zustände in den beiden deutschen Teilstaaten, weil es ihnen offenbar an Vorstellungen über bestimmte Verhältnisse in dem einen wie dem anderen Staat mangelt. Die Mehrzahl der Befragten aber legt sich bei diesen wie bei anderen Fragen unabhängig vom konkreten Wissen eindeutig fest.

Bei Aspekten, die das alltägliche Leben oder soziale Leistungen betreffen, bewerten ostdeutsche Jugendliche immer mit zum Teil breiter Mehrheit die DDR höher, westdeutsche dagegen häufiger die Bundesrepublik. Bei der Hilfsbereitschaft und dem Zusammenhalt in der Familie bevorzugt dagegen auch eine sehr breite westdeutsche Mehrheit die Verhältnisse in der DDR oder sieht „gleiche Verhältnisse“; das Votum der ostdeutschen Jugendlichen fällt noch weitaus deutlicher aus.

Es gibt allerdings auch „gleiche“ Sichtweisen unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht und besuchtem Schultyp: Unstrittig sind nach Meinung der Schüler die Einkaufsmöglichkeiten und Reiseangebote, der Straßen- und Wohnungszustand, Discos, Theater und Kinos, die ärztliche Versorgung und die Leistung der Wirtschaft besser in der Bundesrepublik.

Die DDR erhält von den Schülern aus allen fünf Regionen nur einmal eine Zustimmung von über 50 %, und zwar mit gut 68 % bei den Mietpreisen. In den anderen ihr positiv zugesprochenen Dimensionen liegt sie jeweils einige Prozentpunkte unter der absoluten Mehrheit. Auf ihrer Negativseite stehen erwartungsgemäß die Reise- und Einkaufsmöglichkeiten, die nur eine Handvoll Schüler in der DDR für lobenswert hält. Für die Bundesrepublik werden mit überwältigenden Mehrheiten drei auf den vorhandenen Wohlstand bezogene Aspekte – Reise- und Einkaufsmöglichkeiten und Lebensstandard – positiv beurteilt.

Zwar geben die meisten Schüler in der vergleichenden Bewertung eine kritische Einschätzung der DDR ab, in der Detailbetrachtung der Schülergruppen aus den beiden ehemaligen Teilen Deutschlands sind jedoch enorme Differenzen festzuhalten, insbesondere bei der Beurteilung vermeintlicher Qualitäten der DDR und demokratischer Strukturen der Bundesrepublik. Gleichwohl: Die (alte) Bundesrepublik wird von einem großen Teil der Schüler – vornehmlich der westdeutschen und erstaunlicherweise gerade auch der ausländischen – als das rechtsstaatlichere System gesehen, dessen Vorteile die Gewährung individueller Freiheiten und ein hohes Wohlstandsniveau waren. Dieser Auffassung schließt sich zwar auch eine Mehrheit in Ost-Berlin und Brandenburg an, aber viele der dortigen Schüler identifizieren sich nicht mit dem politischen und gesellschaftlichen System der alten – und der neuen – Bundesrepublik. Sie bewerten die DDR im Rückblick vor allem bezogen auf das alltägliche Leben und soziale Aspekte positiver als die Bundesrepublik oder zumindest als nicht schlechter. Dieser gespaltene Blick auf beide deutsche Teilstaaten spiegelt sich besonders (auffällig) in Berlin wider, wo sogar Jugendliche, die gemeinsam eine Schule besuchen, in ihrem Urteil nach wie vor häufig von der Herkunft geprägt sind (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2007a, S. 69 ff.).

Viele Ostdeutsche bewerten die beiden deutschen Staaten als gleichrangig, indem sie dem einen Staat diese, dem anderen jene Vorzüge und Nachteile zuordnen. Den Gegensatz von Demokratie und Diktatur ebenso wie den von Freiheit und Unfreiheit heben sie in der Behauptung auf, die beiden Staaten seien zwar anders gewesen, aber keiner könne als besser oder schlechter beurteilt werden. Diese zugespitzte Äquidistanz gegenüber der DDR und der Bundesrepublik wird von vielen ostdeutschen Schülern geteilt. Nur gut ein Drittel der ostdeutschen Jugendlichen – gegenüber zwei Dritteln im Westen – beurteilt das bundesdeutsche System vor 1989 ausdrücklich besser als das der DDR.

Neben der vergleichenden Bewertung von alter Bundesrepublik und DDR wurde das konkrete Urteil über ausgewählte Dimensionen der DDR ermittelt, um den Blick auf Politik und Gesellschaft der DDR zu erforschen. Gefragt wurde nach der Einschätzung von Sozial- und Wirtschaftspolitik, von Schule und Alltag, Jugend und Familie sowie nach der Außenpolitik und generell nach dem Charakter von Diktatur und Repression.

Die Schüler loben vor allem die SED-Sozialpolitik in ihren verschiedenen Facetten. Nur gut 30 % in den westlichen und sogar nur etwa 15 % in den östlichen Untersuchungsregionen fällen über sie ein negatives Urteil (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 308). Vor allem die in der DDR herrschende Arbeitsplatzsicherheit wird von einer absoluten Mehrheit begrüßt. Hierfür würden die Schüler sogar einen geringeren Lohn in Kauf nehmen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass dieses positive Urteil in erster Linie Resultat aktueller Zukunftsängste vieler Jugendlicher ist. Die negativen Seiten dieser „sozialen Sicherheit“ – die Pflicht zur Arbeit und drohende Sanktionen bis hin zur Verurteilung eines mehrjährigen Aufenthalts in Arbeitserziehungslagern – waren den meisten Schülern und vielen Lehrern nicht bekannt.

Etwas skeptischer betrachten die Jugendlichen die Wirtschaftspolitik: Etwa jeder vierte ost- und gut jeder zehnte westdeutsche Schüler beurteilt die erfragten Aspekte der zentralistischen Planwirtschaft durchgängig positiv, und nur etwa jeder vierte ost- und knapp jeder

zweite westdeutsche lehnt sie durchweg ab (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 317). Wer sich nicht negativ über die Wirtschaftspolitik der DDR äußert, befürwortet weniger die seinerzeitige Realität als vielmehr einen höheren Einfluss des Staates auf die Wirtschaft. Die Interpretation bestätigt sich durch die Antworten auf die Behauptung, „die Wirtschaft könne nur gut funktionieren, wenn der Staat alles plant und lenkt". Dieser für die Kennzeichnung der SED-Wirtschaftspolitik geläufigen Formel widerspricht nicht einmal die Hälfte der Befragten, knapp ein Drittel begrüßt sogar solch einen weitgehenden Staatseingriff.

Ein etwas anderes Bild zeigen die Ergebnisse des Komplexes „Schule und Alltag". Nur knapp jeder zehnte Schüler – gut 4% im Westen, aber gut 16% im Osten – kann der Gestaltung von Schule und Alltag in der DDR etwas Positives abgewinnen. Eine absolute Mehrheit äußert sich kritisch, aber knapp jeder Dritte gelangt nicht zu einem durchgängigen Urteil, sieht einiges positiv, anderes negativ (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 336). Das vergleichsweise milde Urteil über die DDR resultiert im Wesentlichen aus der (falschen) Annahme vieler Schüler, mit entsprechenden schulischen Leistungen hätte jeder in der DDR Abitur machen und anschließend studieren können.

Deutlich kritischer sehen die Jugendlichen die verschiedenen Aspekte von Jugend in der DDR. Eine sehr breite Mehrheit möchte den Bedingungen jugendlichen Lebens, wie es in der DDR üblich war, nicht ausgeliefert sein. Selbst in den beiden ostdeutschen Regionen spricht sich eine gute absolute Mehrheit dagegen aus (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 327). Erfreulicherweise möchte sich eine sehr breite Mehrheit – gleichermaßen im Osten wie im Westen – nicht einer Gemeinschaft oder Gruppe unterordnen, sondern hält es für wichtiger, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln. Positiv formuliert lässt sich konstatieren, dass die meisten Schüler Individualität verbunden mit Freiheit favorisieren und eine verordnete Ein- und Unterordnung in ein Kollektiv ablehnen.

In den drei Skalen zum politischen System und zu den Herrschaftsverhältnissen schneidet die DDR nur bei der Außenpolitik, die den meisten Schülern eher fremd ist, zumindest im Gesamtergebnis einigermaßen gut ab. Eine knappe Hälfte, unter ihnen überdurchschnittlich viele ostdeutsche, Gesamtschüler und Jüngere, lobt ausdrücklich die Außenpolitik der SED oder nimmt eine neutrale Haltung ein, insbesondere bayerische lehnen sie dagegen durchgängig ab (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 344).

Der Diktaturcharakter der DDR wird in der öffentlichen Diskussion nur von wenigen – zumeist aus dem Umfeld der Partei Die Linke und ehemaligen SED-Funktionären und – Ideologen – bestritten (vgl. die Beiträge in Burrichter u.a. 2006 und Fischer 1999). Sie halten ihren untergegangenen Staat zwar für eine Diktatur des Proletariats, interpretieren die „Diktatur" aber als Herrschaft einer breiten Mehrheit über eine kleine Minderheit, mithin als „Volksdemokratie". Diese dialektische Betrachtung findet unter Schülern wenig Gehör. Fast drei Viertel der Befragten wenden sich gegen jede Form der Verharmlosung diktatorischer Verhältnisse und nur etwa 5 % können der Diktatur Positives abgewinnen, aber immerhin gut 20 % äußern sich unentschieden (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 354).

Am stärksten lehnen bayerische Schüler (84,8 %), am wenigsten Brandenburger (63,5 %) die Diktatur ab. Vor allem Gesamt- und Hauptschüler fallen durch überdurchschnittlich viele positive oder unentschiedene Einschätzungen auf. Insbesondere bei den Fragen zur führenden Rolle der SED und nach der Legitimation des SED-Staates durch freie Wahlen zeigen sich viele, besonders jüngere Schüler verunsichert, was sich in hohen Anteilen neutraler Antworten niederschlägt. Unter dem Strich widerspricht nicht einmal die Hälfte – im Osten und unter Gesamtschülern deutlich weniger als im Westen und unter Gymnasiasten – der Behauptung, die DDR-Regierung sei durch demokratische Wahlen legitimiert gewesen.

Etwa zwei Drittel der Schüler in den drei westlichen Regionen erkennen den Diktaturcharakter des SED-Staates, aber nicht einmal die Hälfte in den beiden östlichen, d.h. eine absolute Mehrheit der Brandenburger und Ost-Berliner und immerhin ein Drittel der westdeutschen Schüler bezeichnen die DDR nicht ausdrücklich als eine Diktatur. Da offensichtlich viele Jugendliche nicht in der Lage sind, eine klare Trennlinie zwischen Demokratie und Diktatur zu ziehen, resultiert dieses Ergebnis nicht zuletzt aus dem mangelhaften Wissen vieler Schüler über den Zusammenhang zwischen Demokratie und freien Wahlen.

Die deutlichste Ablehnung erfährt die Verharmlosung oder Relativierung der repressiven Seite der DDR. Gleichwohl steht der breiten Mehrheit, die die Unterdrückung in der DDR verurteilt, ein knappes Viertel – mit überdurchschnittlichen Anteilen von ostdeutschen sowie Haupt- und Gesamtschülern – gegenüber, das zumindest einige Aspekte von Verfolgung und Unterdrückung Andersdenkender nicht ablehnt oder ihnen sogar zustimmt (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 366).

Die Stasi bewerten viele Schüler, vor allem ostdeutsche sowie Haupt- und Gesamtschüler, relativ positiv: Nur etwa jeder Zweite verneint die Behauptung, das MfS sei ein Geheimdienst gewesen, wie ihn auch ein demokratischer Staat hat. Dass viele ostdeutsche Schüler MfS-Aktivitäten verharmlosen, überrascht angesichts der Wahlerfolge ehemaliger Inoffizieller Mitarbeiter und der mitunter anzutreffenden Gleichgültigkeit gegenüber der Vergangenheit dieses Personenkreises nicht. Manche westdeutsche, besonders bayerische Hauptschüler, assoziieren mit diesem Geheimdienst dagegen Agentengeschichten à la James Bond.

Im Gesamtbild sieht eine breite Mehrheit der befragten Jugendlichen die DDR überwiegend negativ, aber immerhin knapp 40% legen sich nicht fest oder haben ein durchgängig positives Bild. Zu letzteren gehören überdurchschnittlich viele ostdeutsche sowie Haupt- und Realschüler. In diesen drei Teilgruppen beträgt der Anteil der negativen Stimmen nur etwa 40% (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 372).

Deutschstämmige, ostdeutsche sowie Gesamtschüler haben den mildesten Blick, Gymnasiasten und westdeutsche Schüler mit den bayerischen und den Schülerinnen eines Mädchengymnasiums in Nordrhein-Westfalen an der Spitze dagegen die kritischste Sicht. Das positivste Bild der DDR zeichnen Anhänger der Linkspartei/PDS und der NPD, das negativste Sympathisanten der Bündnis-Grünen. Zu einem härteren Urteil neigen Schüler, die nach eigenem Eindruck viel über die DDR wissen sowie diejenigen, die im Schulunterricht dieses Thema ausführlicher behandelt haben. Erwartungsgemäß haben ostdeutsche Schüler, die „Wessis“ gegenüber generelle Vorbehalte hegen, ein sehr positives DDR-Bild, westdeutsche mit gleichen Vorurteilen gegenüber „Ossis“ betrachten die DDR dagegen ähnlich wie ihre vorurteilsfreien Schülerkollegen.

Trotz des vor allem durch die Herkunft und den besuchten Schultyp stark gespaltenen Blicks kann festgehalten werden, dass eine solide absolute Mehrheit der Schüler die DDR kritisch bzw. negativ bewertet, und nur wenige dieser Diktatur durchgängig Sympathie entgegenbringen, aber immerhin deutlich mehr als jeder dritte sich im Urteil unschlüssig zeigt.

Die Auswertung von Statements über die DDR und die Wiedervereinigung, die nicht in die Skalen eingingen, brachte zum Teil ebenfalls überraschende Ergebnisse (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 380 ff.). So stimmt etwa jeder fünfte Schüler der Aussage zu, die niedrige Zahl von Ausländern in der DDR sei gut gewesen, und fast noch einmal so viele sprechen sich nicht eindeutig dagegen aus. In Ost-Berlin und bei Haupt- und Realschülern sind diese Auffassungen sogar noch stärker vertreten. Eine ausländerkritische oder -ablehnende Haltung bei einem nennenswerten Teil der befragten Schüler lässt sich auch aus der Auswertung der Beurteilung des Statements ableiten, wonach der Ausländeranteil in Deutschland auf DDR-Niveau gesenkt werden solle. Nur etwas mehr als die Hälfte der Schü-

ler verneint diese Position – wiederum weitaus mehr Schüler im Westen als im Osten. Im Länderranking folgen auf Ost-Berlin mit dem geringsten Widerspruch bei dieser Forderung die nordrhein-westfälischen Schüler, während am häufigsten in West-Berlin widersprochen wird.

Die schon vor der Wiedervereinigung in PDS umbenannte SED verstand es in den letzten zwei Jahrzehnten geschickt, jede Systemkritik und Delegitimation der sozialistischen Diktatur in einen Angriff auf die ostdeutsche Bevölkerung umzumünzen. Die ehemalige DDR-Bevölkerung wurde gleichsam als Schutzschild für die von der SED zu verantwortende Diktatur benutzt. Mit dieser Strategie hatte diese Partei bis zum heutigen Tag einen durchschlagenden Erfolg.

Das in der Öffentlichkeit, vor allem in Ostdeutschland, vorherrschende (Vor-)Urteil, die DDR würde als System nur schlecht geredet, um die Ostdeutschen auch heute noch herabzuwürdigen, findet vor allem bei ostdeutschen Schülern mehrheitlich Gehör. Im Gegensatz zu einer breiten westdeutschen Mehrheit lehnt im Osten nur etwa jeder Dritte diese Behauptung ab. Während in Ost-Berlin eine große relative Mehrheit von gut 46 % eine Instrumentalisierung der Systemkritik sieht, wird diese Haltung nur von deutlich weniger als 20 % in Nordrhein-Westfalen geteilt, wo der Unmut über die hohen Transferzahlungen häufig Gegenstand von Familiengesprächen ist. Dort wird nicht zuletzt deshalb mit dem höchsten Anteil mehr Dank von Ostdeutschen für die Transferleistungen aus dem Westen erwartet. Knapp jeder zweite Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen, aber nur gut jeder zehnte in Ost-Berlin, schließt sich dieser Forderung an.

Die Wiedervereinigung werten erfreulicherweise trotz aller Kritik im Detail über drei Viertel der Schüler als positives Ereignis der deutschen Geschichte. Allerdings kommt auch hier die skeptischere Haltung der westdeutschen Schüler zum Tragen, die sich deutlich weniger als ihre ostdeutschen Mitschüler darüber freuen. Jungen sowie Haupt- und Realschüler beurteilen die Wiedervereinigung angesichts der hohen Kosten zurückhaltender als Mädchen und Gymnasiasten. Ähnlich positiv betrachten etwa zwei Drittel der Schüler – insbesondere Gymnasiasten – das Ende der DDR durch eine friedliche Revolution.

In ihrem Urteil über den Sozialismus als gute Idee und schlechte Realität in der DDR sind die Schüler erneut gespalten. Gegen den Sozialismus sprechen sich im Westen nahezu doppelt so viele Schüler wie im Osten aus. Aber auch von den Sympathisanten des Sozialismus sieht nur eine kleine Minderheit die SED als Vorbild für eine wünschenswerte starke Partei, die die Interessen aller Gruppen des Volkes vertritt – darunter etwas häufiger ost- als westdeutsche Schüler und vor allem erheblich mehr Hauptschüler als Gymnasiasten. Bei der Frage nach der Alternative zwischen Freiheit und staatlich garantierter Rundumversorgung wird die Ost-West-Differenz ebenfalls sichtbar. Etwa drei von vier westdeutschen, aber nur gut die Hälfte der ostdeutschen Schüler sprechen sich eindeutig für die Freiheit aus.

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass sich zwar eine breite Mehrheit der befragten Schüler über die Wiedervereinigung freut und ein Votum für Freiheit, Demokratie und Toleranz abgibt, dennoch eine nennenswerte Minderheit hierzu eine skeptische Haltung einnimmt. Sichtbar wird zudem eine mehr oder weniger latente Ablehnung von zu vielen Ausländern in Deutschland. Viele – nicht nur ostdeutsche – Schüler sympathisieren aus verschiedenen Gründen mit dem Gedanken, den Ausländeranteil im heutigen Deutschland auf DDR-Niveau zu senken. Generell beurteilen Jungen manche Aspekte aus einer eher materialistischen Sicht, Mädchen eher aus einer emotionalen. Der Ost-West-Graben zeigt sich sowohl bei den Ergebnissen der standardisierten Zusatzbefragung als auch bei den Gesprächen.

Der vermutete geringe Wissensgrad über die DDR bestätigte sich größtenteils durch die Auswertung des letzten Teils des Fragebogens: Nur wenige der achtzehn Fragen, die den

Schülern gestellt wurden, konnte eine Mehrheit richtig beantworten. Die Kenntnisse der befragten Jugendlichen über die DDR und die maßgeblichen Politiker im geteilten Deutschland sind nur gering, die Antworten stark von Vorurteilen und Vermutungen geprägt. Auch bei diesem Fragenkomplex erweist sich die Herkunft der Schüler als ausschlaggebender für die Antworten als andere Faktoren. Daneben beeinflusst – etwas abgeschwächter – der besuchte Schultyp den Kenntnisstand.

Prägnantes Beispiel für die gespaltene Ost-West-Sicht ist die Frage nach der saubereren Umwelt. Während knapp jeder zweite westdeutsche Schüler im Vergleich der Umweltbedingungen die Bundesrepublik für besser hält, kreuzen über 40 % der ostdeutschen die DDR an. Dass auch knapp jeder Dritte aus den drei westlichen Regionen die ostdeutsche Mehrheitsmeinung teilt, deutet darauf hin, dass wenig konkretes Wissen vorhanden ist, was angesichts der breiten aktuellen Diskussion um die Verbesserung des Umweltschutzes einigermaßen verwundert. Die Argumentation vieler ostdeutscher Jugendlicher in den Gesprächen, die Umwelt sei in der DDR sauberer gewesen, da es weniger Straßen und Autos gab und weil der Staat den verstaatlichten Betrieben Umweltschutzauflagen hätte erteilen können, zeigt, mit welch entwaffnender Naivität Schüler Zusammenhänge konstruieren. Viele Jugendliche können sich nicht vorstellen, dass es gerade der Staat war, der die Betriebe zwang, auf Kosten der Natur die international vergleichsweise schwache Produktivität zu steigern.

Die DDR profitiert vor allem unter ostdeutschen Jugendlichen jedoch nicht nur bei diesem Aspekt von der Unwissenheit der Schüler. Die bis 1987 geltende Todesstrafe trauen nicht einmal 20 % der Schüler aus Ost-Berlin und Brandenburg dem Staat ihrer Eltern zu. Auch im Westen geht eine Mehrheit davon aus, dass es die Todesstrafe in keinem der beiden Staaten gab.

Eine rückblickende politisch-moralische Entlastung erfährt der SED-Staat dadurch, dass viele Schüler nicht wissen, dass dort Arbeitslager bzw. Arbeitserziehungslager existierten und dass die SED den Befehl zum Bau der Mauer gab. Die Errichtung der Berliner Mauer spricht eine Mehrheit – stärker im Westen als im Osten – der Sowjetunion oder den Alliierten zu; nicht einmal jeder Dritte kreuzt bei dieser Frage die DDR an. Zu diesem Ergebnis passt die geringe Zahl von Schülern, die das Jahr der Errichtung der Mauer angeben konnte: insgesamt etwa jeder zweite, in Nordrhein-Westfalen nicht einmal jeder dritte (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 411, sowie Deutz-Schroeder/Schroeder 2007b, S. 220 f.).

Eine Mehrheit der Jugendlichen irrt bei den von ihnen unterstellten annähernd gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Das tatsächliche Ausmaß der Ungleichheit, das sich nicht wesentlich von dem in der Bundesrepublik unterschied, war den meisten, wenn nicht sogar allen Schülern unbekannt. Die von bestimmten Politikern immer noch verbreitete Legende von der sozial gerechten und solidarischen DDR treibt auch auf diesem Feld seltsame Blüten. Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, wie nicht vorhandenes Wissen und die unhinterfragte Übernahme von Erzählungen der Eltern zu einem falschen Bild der DDR, bezogen auf die soziale Dimension, führt. Der Blick auf die Zahlen verdeutlicht, dass die Vermögensungleichheit in der DDR in etwa der in der alten Bundesrepublik und im wiedervereinten Deutschland entspricht.

Die richtige Zuordnung von einigen Politikern, die ihren Staat nachhaltig geprägt haben, gelingt zumeist nur einer relativen Mehrheit, bei westdeutschen Politikern manchmal gerade der Hälfte der Schüler. Westdeutsche Staatsmänner sind bekannter als ostdeutsche, werden allerdings häufig dem falschen Staat zugeordnet. So vermutet etwa jeder Vierte – im Osten sogar mehr als jeder Dritte –, Konrad Adenauer und Willy Brandt hätten in der DDR gewirkt. Selbst Helmut Kohl wird von etwa jedem Zehnten in den SED-Staat verpflanzt. Erstaunlicherweise kennen westdeutsche Jugendliche, mit den bayerischen Schülern an der Spitze,

ostdeutsche Politiker häufiger als ihre Mitschüler aus den neuen Ländern (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 421 ff.).

Die meisten Schüler wussten um ihre geringen Kenntnisse über die deutsche Teilungsgeschichte und die DDR. Diese subjektive Einschätzung bestätigte sich bei der Auswertung der Wissensfragen. Ein hohes oder sehr hohes Wissen kann nur etwa 10 % der befragten Jugendlichen bescheinigt werden, ein niedriges oder sehr niedriges dagegen über 60 %. Dabei verfügen westdeutsche Schüler, vor allem die aus Bayern und die Schülerinnen des Mädchengymnasiums in Nordrhein-Westfalen, über einen höheren Kenntnisstand als ostdeutsche. Einen traurigen Negativrekord stellen die Gesamtschüler auf, von denen fast 80 % nur sehr wenig wissen (vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b, S. 438).

Ein geradezu sensationelles und in der Eindeutigkeit von uns nicht erwartetes Ergebnis brachte der Vergleich von Kenntnisstand und Bewertung der DDR. In allen Ländern und bei nahezu allen Skalen sehen wir einen prägnanten direkten Zusammenhang zwischen dem Kenntnisstand und dem Urteil über die DDR: Je mehr die Schüler über den SED-Staat wissen, desto kritischer beurteilen sie ihn. Weitgehend unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und Schultyp bewerten Schüler mit etwa gleichem Kenntnisstand den Staat DDR und dessen Gesellschaft ähnlich: Beispielsweise bestehen zwischen Brandenburger und bayerischen Schülern, die einen hohen oder sehr hohen Kenntnisstand aufweisen, kaum Differenzen im Urteil.

Der Zusammenhang zwischen Kenntnisstand und Bild der DDR fällt in Ostdeutschland ausgeprägter als in Westdeutschland aus, d.h. die Bewertungsunterschiede von Schülern mit unterschiedlichem Wissen sind dort erheblich größer. Die herausragende Bedeutung der Vermittlung von Grundkenntnissen über ein Gesellschaftssystem, um Jugendliche zu einem kritischen Urteil zu befähigen, hat sich hiermit eindrucksvoll bestätigt.

Zusammenfassend lässt sich als Ergebnis der Studie festhalten:

- Auch fast neunzehn Jahre nach dem Fall der Mauer zeigt die ostdeutsche Gesellschaft starke postsozialistische Tendenzen, und zwar sowohl in der mentalen Verfassung großer Teile der Bevölkerung als auch im Hinblick auf die Kritik demokratisch-pluralistischer Institutionen. Die in der DDR erworbenen mentalen Prägungen wirken weiter und werden in den verschiedenen Milieus ebenso wie Fragmente eines Geschichtsbildes an jüngere Generationen weitergegeben.

- In familiären Gesprächen wird Jugendlichen ein selektives DDR-Bild vermittelt. Erzählt werden positive Erlebnisse sowie im Nachhinein als lobenswert empfundene Aspekte des SED-Staates. Dabei nehmen die Arbeitsplatzsicherheit – ohne Berücksichtigung ihrer negativen Seiten – und der Zusammenhalt in Betrieb und Wohngebiet eine herausragende Rolle ein. Die diktatorischen Bedingungen und die Mangelwirtschaft werden dagegen ebenso wie die Aktivitäten des MfS nur selten erwähnt.

- In Westdeutschland – vornehmlich in Nordrhein-Westfalen – zeigt sich an den Schulen eine auch in der Bevölkerung vorhandene Tendenz, der DDR und ihrer Geschichte immer weniger Bedeutung beizumessen, da sie nur die Vergangenheit der Ostdeutschen beträfe. Während der Nationalsozialismus gemeinsame Geschichte beider deutscher Staaten sei, müssten sich nur die Ostdeutschen, aber nicht die Westdeutschen mit der DDR befassen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KLAUS SCHROEDER

18. November 2008

www.kas.de
www.kas.de/dresden

- Die überwiegende Mehrzahl der befragten Schüler in den vier Ländern bzw. fünf Untersuchungsregionen glaubt, wenig über die DDR und das geteilte Deutschland zu wissen und erfährt hierüber in der Schule kaum etwas oder überhaupt nichts. Dabei ist die DDR in den drei westdeutschen Regionen häufiger Unterrichtsgegenstand als in den beiden ostdeutschen. Gleichzeitig äußern viele der Jugendlichen Interesse an der DDR und möchten mehr über das Leben dort erfahren. In ostdeutschen Familien wird die DDR weitaus häufiger thematisiert, allerdings zumeist nur in Bezug auf das Alltagsleben.

- Eine breite Mehrheit der Schüler hat ein überwiegend negatives Gesamtbild der DDR. Immerhin knapp 40 % legen sich aber nicht fest oder geben eine positive Bewertung ab. In Ostdeutschland sowie unter Haupt- und Realschülern liegt die Quote der negativen Stimmen sogar deutlich unter der absoluten Mehrheit. Anhänger der PDS/Linkspartei und der NPD urteilen am positivsten, Sympathisanten der Bündnis-Grünen am negativsten über die DDR. Bayerische Schüler und die Schülerinnen eines Mädchengymnasiums in Nordrhein-Westfalen äußern sich in erheblich höherem Maße kritisch als die Schüler aus den anderen Ländern.

- Ostdeutsche Schüler loben mit breiter Mehrheit die sozialen Seiten des SED-Staates und gleichzeitig neigt eine beträchtliche Minderheit unter ihnen zur Ausblendung diktatorischer und repressiver Aspekte. Westdeutsche Schüler sprechen – wenn auch in abgeschwächter Form – der DDR bei einigen sozialen Dimensionen des Lebens ebenfalls ein Lob aus, erkennen aber mit sehr breiter Mehrheit den Diktaturcharakter dieses Staates.

- Der Vergleich verschiedener politischer und gesellschaftlicher Dimensionen der beiden deutschen Teilstaaten zeigt ebenfalls eine unterschiedliche, mitunter sogar gegensätzliche Sichtweise. Westdeutsche Jugendliche präferieren auf nahezu allen Feldern die Verhältnisse in der alten Bundesrepublik, ostdeutsche in den sozialen und alltäglichen Bereichen die DDR und bei den politischen Aspekten mit allerdings geringeren Anteilen als ihre westdeutschen Mitschüler die Bundesrepublik. Eine nennenswerte Minderheit vornehmlich ostdeutscher Schüler favorisiert sogar das politische System und vor allem die Wirtschaftsordnung der DDR. Die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur sind vielen Schülern nicht bekannt. In Ostdeutschland kennzeichnet nicht einmal jeder Zweite, in Westdeutschland immerhin noch jeder Dritte die DDR nicht ausdrücklich als Diktatur. Eine absolute Mehrheit weiß nicht, ob die DDR-Regierung durch demokratische Wahlen legitimiert war.

- Wie die älteren Generationen präferieren junge Westdeutsche stärker als ihre ostdeutschen Altersgenossen individuelle Freiheit statt soziale Rundumversorgung und sind Ausländern gegenüber wesentlich toleranter eingestellt. Erfreulicherweise wird die Wiedervereinigung nur von wenigen Schülern, im Westen häufiger als im Osten, in Frage gestellt.

- Die große Mehrheit der Jugendlichen konnte die von uns gestellten Wissensfragen nicht richtig beantworten. Außer in Bayern, wo die Hauptschüler durch vergleichsweise hohes Wissen glänzen, haben breite Mehrheiten kaum ausgeprägte Kenntnisse über die DDR.

Die Beurteilung der DDR durch die Schüler erfolgt weitgehend assoziativ, wobei das Bild ostdeutscher Schüler stärker von Familiengesprächen, das westdeutsche stärker durch den Schulunterricht beeinflusst wird. Das Bild der DDR wird stark geprägt vom Kenntnisstand: Je mehr Schüler über den SED-Staat wissen, umso kritischer fällt ihr Urteil aus, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und besuchtem Schultyp. Es muss Aufgabe der Schule sein,

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KLAUS SCHROEDER

18. November 2008

www.kas.de
www.kas.de/dresden

dieses Wissensdefizit auszugleichen. Dabei sollte die Delegitimation der sozialistischen Diktatur mit der Vermittlung freiheitlich-demokratischer Werte verknüpft werden mit dem Ziel, Jugendliche immun zu machen gegen jegliche diktatorische Verführung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KLAUS SCHROEDER

18. November 2008

www.kas.de
www.kas.de/dresden

Literatur:

Assmann 2006 = Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006

Burrichter u.a. 2006 = Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik, Berlin 2006

Deutz-Schroeder/Schroeder 2007a = Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder: Das Bild der DDR von Schülern in Berlin, Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 38/2007

Deutz-Schroeder/Schroeder 2007b = Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder: Das Bild der DDR von Schülern in Nordrhein-Westfalen, Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 39/2007

Deutz-Schroeder/Schroeder 2007c = Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder: Das Bild der DDR von Schülern in Brandenburg, Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 41/2007

Deutz-Schroeder/Schroeder 2008a: Das Bild der DDR von Schülern in Bayern, Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 40/2008.

Deutz-Schroeder/Schroeder 2008b = Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, München/Stamsried 2008

Fischer 1999 = Gerhard Fischer/Hans-Joachim Krusch/Hans Modrow/Wolfgang Richter/Robert Steigerwald (Hg.): Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte, Schkeuditz 1999

Korzillius 2005 = Sven Korzillius: „Asoziale“ und „Parasiten“ im Recht der SB Z/DDR. Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung, Köln u.a. 2005

Schmid 2005 = Harald Schmid: Systemwechsel und Geschichtsbild. Zur Debatte um die „doppelte Vergangenheitsbewältigung“ von NS- und SED-Vergangenheit, in: Deutschlandarchiv Nr. 2/2005, S. 290 ff.

Schroeder 1998 = Klaus Schroeder: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 1998

Schwarzer 1999 = Oskar Schwarzer: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart 1999

Sozialreport 1992 = Sozialreport 1990 ff. – Gunnar Winkler: Sozialreport 1990 ff., Berlin 1990 ff.

Spinelli 2002 = Barbara Spinelli: Der Gebrauch der Erinnerung. Europa und das Erbe des Totalitarismus, München 2002

Zimmermann 2004 = Verena Zimmermann: „Den neuen Menschen schaffen“. Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945-1990), Köln u.a. 2004